

(Hildegard Bentele)

~~das ein Instrument ist, das in erster Linie von aktiven und engagierten Eltern genutzt wird~~, war ein deutliches Zeichen der Unzufriedenheit, und die vielen Berichte von Eltern über verpatzte Schulstarts, die mich erreicht haben, waren nun wirklich alarmierend.

~~Die Union hat die Sorgen der Eltern ernst genommen und sich ihrer angenommen. Und es ist wirklich ein schönes Gefühl, in der einen oder anderen E-Mail, die zu einem ganz anderen Thema kam, ein PS zu lesen: Danke, dass Sie die Früheinschulung abgeschafft haben! Unser erstes Kind hat sehr darunter gelitten. – Die Schulreife ist letztlich eine Sache der individuellen Entwicklung – da sind wir uns wahrscheinlich alle einig~~, und trotzdem müssen wir einen Termin festlegen. Mit der jetzt vorliegenden Regelung haben wir sowohl die Möglichkeit der Früheinschulung als auch die der Rückstellung weiter erhalten, die Regaleinschulung mit der Verschiebung des Stichtags auf den 30. September aber auf sechs Jahre festgesetzt. Damit sind wir aus unserer Sicht auf der sichereren Seite als früher und konnten vielen Eltern und Kindern Ängste nehmen. Das ist eine wichtige Veränderung und deshalb die Bitte meiner Fraktion, dieser Gesetzesänderung in der zweiten Lesung zuzustimmen.

~~Da wir das Schulgesetz bewusst nicht alle naselang ändern, möchte ich einen Teil meiner Redezeit darauf verwenden, kurz zwei andere, gute Ideen vorzutragen, die wir im Hinblick auf die Anpassung des Schulgesetzes an die Berliner Realität und Notwendigkeiten haben. Erstens sollten wir eine Änderung der Struktur der gymnasialen Oberstufe, die im ersten Referentenentwurf enthalten war, wieder zurück in den Gesetzesentext bekommen. Es geht darum, die Klasse 10 des Berliner Gymnasiums KMK-konform zu machen und sie der Oberstufe zuzurechnen. Was bedeutet das konkret? Das würde bedeuten, dass Gymnasiasten in der ohnehin kurzen Gymnasialzeit von sechs Jahren Zeit für eine ordentliche Vorbereitung auf die Kursphase in der Oberstufe bekommen würden. Es wäre dadurch auch möglich, die vielen Referendare, die im Rahmen ihrer Ausbildung in der Oberstufe unterrichten müssen, auch in der Klasse 10 einzusetzen. Diese müssen aktuell auf die Schüler in der Abiturphase losgelassen werden, mit vorhersehbaren Folgen für beide Seiten. Außerdem müsste dann auch endlich die Frage ernsthaft beantwortet werden, welchen pädagogischen Sinn es haben soll, am Ende der Gymnasialklasse 10 mit der MSA Prüfung zeit- und energiefressend Stoff abzufragen, der wie es die allerneueste Fassung der Rahmenpläne deutlich macht – schon am Ende der Klasse 9 beherrscht werden muss.~~

~~Mit dieser Veränderung des § 28 SchulG handelte es sich nicht um eine Revolution, aber um ein wichtiges Feinjustieren, das spürbare Verbesserungen für Lehrer und Schüler in der Klasse 10 des Gymnasiums bringen würde und die in der Senatsverwaltung selbst offenbar auch schon angedacht worden ist.~~

~~Zweitens – das möchte ich nur ganz kurz streifen – ist es uns auch ein Anliegen, in der Weltmetropole Berlin die Möglichkeit international anerkannter und anschlussfähige Abschlüsse abzulegen, abzusichern, dies vor allem vor dem Hintergrund, dass wir staatlicherseits mit der Nelson-Mandela-Schule derzeit nur eine einzige Schule mit einem Bildungszweig haben, der zum International Baccalaureate führt. Sie sehen also: Mit der Gesetzesänderung Zurücknahme der Früheinschulung rastet und ruht die CDU-Fraktion nicht, sondern bringt weiterebildungspolitische Vorschläge hervor, die die aktuelle Situation der betroffenen Lehrer und Schüler konkret zum Besseren ändern sollen.~~

[Beifall bei der CDU]

~~Ich freue mich auf die weiteren Beratungen!~~

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Frau Kollegin Bentele! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Kollegin Burkert-Eulitz – und erhält das Wort. – Bitte sehr!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen erst einmal ein gesundes Jahr 2016!

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN –
Martin Delius (PIRATEN): Danke, ebenso!]

Es hat eine Ewigkeit gedauert, endlich, kurz vor Toreschluss liegt nun der lang erwartete gemeinsame Gesetzentwurf von CDU und SPD vor. Das haben Sie wirklich großartig gemacht. Die CDU feiert mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einen ihrer größten Siege in der Schulpolitik in dieser Legislaturperiode. Tatsächlich aber war es kein großer Wurf, sondern ein notwendiger Schritt. Die Eltern dieser Stadt schaffen Jahr für Jahr die Tatsachen, an denen wir alle nicht vorbeikommen. Sie hätten längst handeln können und sollen. Die Anträge meiner Fraktion lagen Ihnen dazu seit langer Zeit vor.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Ansonsten hat die CDU kita- und schulpolitisch nicht viel vorzuweisen. Sie haben gerade davon gesprochen, was Sie alles noch irgendwann tun wollen. Sie haben vier Jahre lang Zeit gehabt, sich entsprechend einzubringen. Schon 2014 hatten Sie angekündigt und sich damit gerühmt, ihren Koalitionspartner SPD weichgeklopft zu haben. Es hat aber bis jetzt, bis 2016, am Ende Ihrer Regierungszeit, gedauert, bis Sie etwas vorzuweisen haben. Den Kassenschluss, den Beschluss des Haushalts 2016, haben Sie dabei bravourös verpasst. Frau Scheeres muss jetzt um mehr als 60 Millionen Euro zusätzlich bitten. Das ist sicher kein gutes Bild für eine Senatorin im

(Marianne Burkert-Eulitz)

Wahlkampf. Wir haben dazu rechtzeitig Anträge gestellt, auch was die finanziellen Geschichten angeht. Denen hätten Sie sich einfach anschließen können.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Sie haben zwar noch kleine, weitere Änderungen in das Schulgesetz aufgenommen – besonders positiv finde ich dabei, dass Sie nun zur Gesamtkonferenz alle pädagogischen Kräfte zulassen –, aber ansonsten kann mir niemand erzählen, weshalb Sie diesen Entwurf nicht rechtzeitig hätten vorlegen können.

Wir Grüne haben die Veränderung der Einschulungsfrist schon lange gefordert. Wir waren sehr früh an der Seite der Berliner Eltern. Wir haben bei unserem Vorschlag immer mitgedacht, dass die Rücknahme der Früheinschulung selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf das Kitasystem sein wird. Wir fordern, dass die entsprechenden Ressourcen für die Kitas zur Verfügung gestellt werden für alle Kinder, die, die bleiben, und die, die neu dazukommen. Es braucht Tausende zusätzlicher Plätze und entsprechend zusätzlicher Fachkräfte. Frau Scheeres! Wie viele Sie brauchen und woher Sie die Fachkräfte nehmen wollen, das sagen Sie bisher nicht. Sie wollen sich dafür – zumindest laut Antwort auf meine Schriftliche Anfrage – bis Sommer Zeit nehmen. Das ist zu lange, das geht so nicht. Die Eltern benötigen die Antworten jetzt.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Allerdings wäre dies zumindest bei den Rückstellerkindern nicht allzu schwer gewesen. Ein Blick in das Melderegister hätte dafür ausgereicht. Es ist keine Zeit zu verlieren, sondern sofort zu handeln. Die Berliner Kinder und Eltern haben einen Anspruch darauf, Antworten von der Politik zu erhalten und die schnelle Umsetzung zu erleben.

Inhaltlich ist die Rücknahme der Früheinschulung ein weiteres Eingeständnis eines Scheiterns der Schulpolitik der SPD. Schritt für Schritt mussten die Schwellen, die den Eltern in den Weg gebaut worden sind, zurückgenommen werden, um eine Rückstellung ihrer Kinder zu erreichen. Ich erinnere nur daran, dass am Anfang ein Behindertenstatus geschaffen werden musste, damit die Kinder zurückgestellt werden konnten. In einigen Bezirken stieg die Zahl behinderter Kinder in schwindelerregende Höhe, sodass wir jetzt endlich eine Anpassung an die Realität erfahren. Hätten Sie den Eltern zugehört, hätte es eine bessere Lösung schon zu einem früheren Zeitpunkt geben können. Eltern wissen am besten, wann ihre Kinder fit für die Schule sind. Dies liegt auch in ihrer Verantwortung. Unterstützen wir sie dabei! Deshalb ist auch dieser Gesetzentwurf seit Langem notwendig und richtig.

Die CDU ist zum Thema Kita in dieser Legislaturperiode – ebenso wie beim Thema Schule – nicht weiter öffentlich aufgetreten. Herr Henkel hat das Thema Familie und

Kinder erst vor einigen Wochen entdeckt. Dabei wäre es notwendig, dass endlich auch die Etablierung der Bildungsinstitution Kita gesellschaftlich anerkannt wird. Bei aller Auseinandersetzung mit der SPD hat diese wenigstens Ideen, über die man sich streiten kann. Von der CDU kommt gar nichts. Wir würden dann den Streit an dieser Stelle mit der SPD und nicht mit der CDU führen. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Frau Kollegin Burkert-Eulitz! – Für die Sozialdemokraten spricht jetzt die Kollegin Dr. Czyborra. – Sie haben das Wort!